«Keine Nagelprobe für die Solidarität»

Bundesrätin Dreifuss zu den Perspektiven der Sozialwerke

Die Sozialversicherungen werden bei gleichen Leistungen wie heute zusätzliche Mittel in Form von Lohn- oder von Mehrwertsteuerprozenten verschlingen. Dies ergibt der Bericht einer Arbeitsgruppe. Bundesrätin Dreifuss hat eine Gesetzesvorlage für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent zugunsten der AHV in Aussicht gestellt. Sie will an der Realisierung der Mutterschaftsversicherung festhalten. Die Ergebnisse des Berichts und die noch zu diskutierenden Massnahmen stellen für Dreifuss keine Nagelprobe für die Solidarität dar.

sc. Bern, 13. Juni

Gewisse Elemente des Berichts der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (*IDA Fiso*) des Bundesrates waren bereits am Wochenende als Folge einer Indiskretion bekanntgemacht und zum Teil falsch wiedergegeben worden. Am Donnerstag ist nun dieser Bericht – früher als vorgesehen – veröffentlicht worden. Darin werden die verschiedenen Sozialversicherungszweige in fünf Szenarien auf Grund der aktuellen Situation und der in den Gesetzen festgelegten Leistungen extrapoliert. Ziel war eine Auslegung der Sozialversicherungen, um allfällige notwendige Massnahmen rechtzeitig einleiten zu können. Beim sogenannten Referenzszenario, bei dem *IDA Fiso* ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 1,3 Prozent zugrunde legt, ergibt sich bis ins Jahr 2010 ein Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben von 14 Milliarden Franken. Dies würde 5,2 zusätzlichen AHV-Lohn- oder 6,8 Mehrwertsteuerprozenten entsprechen. Bei den meisten Sozialversicherungen, insbesondere bei der Krankenversicherung, passen sich indessen die Einnahmen den steigenden Ausgaben an. Als Finanzierungslücke verbleiben schliesslich rund fünf Milliarden Franken, die über Änderungen der gesetzlichen Grundlagen des Finanzierungssystems aufgebracht werden müssen. Im *Klartext* heisst dies zusätzliche Lohnprozent oder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Andere Zusatzeinnahmen zur Finanzierung der Sozialversicherungen mit Ausnahme einer allenfalls zu prüfenden Energiesteuer erachtet die Arbeitsgruppe nicht als opportun.

«Nicht beunruhigend»

Sowohl die Verfasser des Berichts als auch Bundesrätin Ruth Dreifuss betrachten das Ergebnis als nicht beunruhigend. Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass der Belastungsanstieg in der Vergangenheit grösser war als der zu erwartende. Allerdings war der Anstieg in der Vergangenheit vorwiegend eine Folge von Leistungsverbesserungen, während in Zukunft mehr aufgewendet werden muss, um die gleichen Leistungen zu erhalten. Für Ruth Dreifuss bedeuten die Resultate der Arbeitsgruppe keine Nagelprobe für die Solidarität. Ein Aufruf zu einem Moratorium sei fehl am Platz. Es gehe lediglich darum, mit einer rechtzeitigen Analyse dem Risiko einer sozialen Destabilisierung entgegenzuwirken. Mit dem Bericht der *IDA Fiso* beginne eine Konsolidierungsphase in der sozialen Vorsorge, die mit Sozialabbau indes nichts zu tun habe. Die Bundesrätin wies in einer Art von Beschwörung des sozialen Friedens weiter darauf hin, dass ein

Grundeinverständnis aller wichtigen politischen Kräfte vorhanden sei, das bestehende Sozialversicherungssystem aufrechtzuerhalten. Dieser Konsens sei bei verschiedenen kleineren und grösseren Anpassungen in der jüngeren Vergangenheit zum Ausdruck gekommen. Dies gelte es klar zu unterscheiden von andern Erklärungen Einzelner, die lediglich für die Galerie abgegeben worden seien.

Kosten dämpfen

Für Ruth Dreifuss geht es in Zukunft darum, die Kosten für gewisse Leistungen, so vor allem im Gesundheitswesen, in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Dann gelte es, die Effizienz des Sozialversicherungssystems zu verbessern und schliesslich wieder vermehrt die gesellschaftliche Verantwortung bewusst zu machen, die für die Bundesrätin auch und weiterhin die Mutterschaftsversicherung einschliesst. Der Bundesrat wird den *IDA-Fiso*-Bericht erst noch diskutieren, hat aber bereits vorgesehen, dass eine Folgearbeitsgruppe die Ergebnisse der *IDA Fiso* konkretisiert. Sie wird alternative Szenarien für die gegebenenfalls verbindliche Festlegung eines Finanzierungsrahmens und allfälliger Anpassungen auf der Leistungsseite zu erarbeiten haben. Bereits in Vorbereitung ist die Gesetzesrevision zur Schliessung der aktuellen Finanzierungslücke bei der Invalidenversicherung. Und nicht mehr lange will der Bundesrat warten, um das vom Volk bereits verfassungsmässig genehmigte zusätzliche Mehrwertsteuerprozent zugunsten der AHV abzuschöpfen.